

Die Lernbewegung einer sozialen Bewegung ab 1957 VON DEN »GÖTTINGER 18« IN DEN »WYHLER WALD«

Wolfgang Beer

Die vergangenen 50 Jahre sind lesbar als Institutionalisierungsgeschichte sozialer Bewegungen. Auf diesen Aspekt macht der Autor am Beispiel Atomkraft aufmerksam, indem er einen Bogen schlägt von der »Göttinger Erklärung« 1957 als frühem Akt bürgerlichen Ungehorsams hin zu dauerhaft funktionsfähigen Organisationsformen ökologisch-politischen Lernens. Inhalte, Dialogformen und Methoden der tragenden Initiativen fanden gar Eingang in die Angebote der etablierten Träger der Erwachsenenbildung – in Volkshochschulen, Akademien und Heimvolkshochschulen. Das Thema hat – gerade im Blick auf die Diskussion um selbstorganisiertes Lernen – nichts von seiner Bedeutung eingebüßt.

*»Für ein kleines Land wie die Bundesrepublik glauben wir, dass es sich heute noch am besten schützt und den Weltfrieden noch am ehesten fördert, wenn es ausdrücklich und freiwillig auf den Besitz von Atomwaffen jeder Art verzichtet. Jedenfalls wäre keiner der Unterzeichnenden bereit, sich an der Herstellung, der Erprobung oder dem Einsatz von Atomwaffen in irgendeiner Weise zu beteiligen.«**

Dies ist die zentrale Aussage der »Göttinger Erklärung«, die 18 deutsche Kernphysiker, unter ihnen Max Born, Otto Hahn, Werner Heisenberg und Carl Friedrich v. Weizsäcker, am 12. April 1957 veröffentlichten. Es war die Reaktion der einschlägigen wissenschaftlichen Elite auf die Absicht der Bundesregierung, die Bundeswehr atomar zu bewaffnen. Und es war der erste Akt bürgerlichen Ungehorsams und Protestes in der jungen Republik. Die Motive der Wissenschaftler waren einerseits die Wahrnehmung einer historischen Verantwortung angesichts

der Atombombenabwürfe von Hiroshima und Nagasaki und andererseits vor dem Hintergrund verharmlosender Argumente der Regierung (»weiterentwickelte Artillerie«) die Aufklärung über die verheerenden Wirkungen atomarer Waffen. Das Papier entfachte eine breite öffentliche Debatte und hatte einen wesentlichen Anteil daran, dass Deutschland keine Atommacht wurde.

Ostermarschbewegung

Gleichzeitig wurde die Erklärung der Göttinger 18 weltweit beachtet und verstärkte eine Diskussion, die 1958 zunächst in England und ab 1960 dann auch in Deutschland die erste Bürgerbewegung der Nachkriegszeit hervorbrachte: die Ostermarschbewegung. Von rund 1.000 meist religiös motivierten Pazifisten, z.B. dem Internationalen Versöhnungsbund, entwickelte sie sich bis 1968 zu einer Massenbewegung mit 300.000 Teilnehmenden. Aus den zunächst auf die Ostertage begrenzten Aktionen entstand 1963 die »Kampagne für Abrüstung«, die 1968 – auch unter

dem Eindruck der Auseinandersetzungen um die Notstandsgesetze – zur »Kampagne für Demokratie und Abrüstung« wurde. Aus den wenigen mutigen Ostermarschierern war innerhalb von acht Jahren die erste soziale Bewegung der Bundesrepublik entstanden, die mit unterschiedlichen Formen des gewaltfreien Widerstands auch die Grundlagen für die ab 1970 entstehende Bürgerinitiativbewegung und später die Anti-AKW-Bewegung geschaffen hatte. Gefördert wurde das Klima für Bürgerproteste und -initiativen zusätzlich durch die Studentenbewegung, auch wenn deren politische Ziele, wie z.B. der Protest gegen den Vietnamkrieg, nur sehr begrenzt von anderen Bevölkerungsgruppen übernommen wurden.

Mit der Bürgerinitiativbewegung der 1970er Jahre hielten die Protestkultur und unterschiedliche Formen des gewaltfreien aktiven Widerstands Einzug in den kommunal-politischen Alltag. Das Instrument Bürgerinitiative – vielfach erfolgreich praktiziert – führte zu einem neuen bürgerschaftlichen Selbstbewusstsein, das Entscheidungen von Verwaltungen und Politik, die gegen die eigenen Interessen oder Überzeugungen verstießen, nicht mehr hinnahm, sondern sich zur Wehr setzte. Industrieansiedlungen, Straßenbauprojekte, Flughafenerweiterungen wurden erfolgreich be- und verhindert, Jugendzentren, Naherholungsmöglichkeiten, Verkehrsregelungen an gefährlichen Kreuzungen oder Lärmschutzvorrichtungen wurden ebenso erfolgreich gefordert.

Die Bürgerinitiativbewegung hat, konzipiert als *single issue movement*, die politische Kultur nachhaltig verändert. Parlamente und Verwaltungen mussten lernen, dass sie an ihren Planungs- und Entscheidungsprozessen die Betroffenen beteiligen mussten – Bürgerinnen und Bürger haben erfahren, dass sie in der Lage sind, ihre Interessen auch gegen die vermeintliche »Obrigkeit« zu vertreten und durchzusetzen.

Einen nächsten qualitativen Sprung machte die Entwicklung und Insti-

* Text des Göttinger Manifests unter



www.dhm.de/lemo/html/dokumente/JahreDesAufbausInOstUndWest_erklaerungGoettingerErklaerung/index.html

tionalisierung der neuen sozialen Bewegungen mit der Entstehung der Anti-AKW-Bewegung ab Mitte der 1970er Jahre. Hatten die Göttinger 18 in ihrem Manifest noch ausdrücklich erklärt, dass sie die zivile Nutzung der Atomenergie nachdrücklich fördern und mit vorantreiben wollten, so schätzten die Winzerinnen und Landwirte am Kaiserstuhl knapp 20 Jahre später dies ganz anders ein. Sie fürchteten zunächst um die Qualität ihres Weines aufgrund vermehrter Nebelbildung und lernten in der Auseinandersetzung die Gefahrenpotenziale der Atomtechnik von der radioaktiven Niedrigstrahlung über die Gefahr eines GAUs bis zur ungelösten Endlagerfrage kennen. Nach einem breiten regionalen und auch grenzüberschreitenden Widerstand mit Platzbesetzung, Aufklärungsarbeit und Gerichtsverfahren gelang es den badisch-elsässischen Bürgerinitiativen, den Bau des AKW Wyhl zu verhindern.

Wyhl war die Initialzündung für die Anti-AKW-Bewegung. Brokdorf, Kalkar, Wackersdorf und Gorleben sollen als Stichworte für die weitere Entwicklung genügen. Und die Anti-AKW-Bewegung war wiederum der Ausgangspunkt für eine breite Ökologiebewegung, die ihre Institutionalisierung in Organisationen wie dem BBU (Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz) oder dem BUND (Bund für Umwelt- und Naturschutz Deutschland) fand.

In der zweiten Hälfte der 1970er Jahre kam eine dritte Problem- und Bewegungsdimension hinzu: die entwicklungspolitisch orientierten Dritte-Welt-Initiativen. Ihr Ausgangspunkt war die grenzenlose Armut, mit der die Menschen in den Ländern des Südens den Reichtum der Industrienationen

»mitfinanzierten«. Es entstand neben oft länderbezogenen Initiativen, die Projekte zur Verbesserung der Lebensbedingungen vor Ort unterstützten, eine Vielzahl von »Eine-Welt-Läden«, von Initiativen für einen fairen Handel. Das zentrale Motto dieser »Eine-Welt-Bewegung« lautete: »Global denken – lokal handeln«.

»Globalisierung von unten«

Denkt man die drei angerissenen Bewegungsgeschichten zusammen, so wird deutlich, dass ausgehend von der Göttinger Erklärung aus dem Jahre 1957 eine Entwicklung eingesetzt hat, die auf der Ebene sozialer Bewegungen eine Form der »Globalisierung von unten« vollzogen hat. Bei der Problemerkennung wie auf den Ebenen des Engagements und der

Handlungsstrategien wurden Konzepte wie das der »Nachhaltigen Entwicklung« (Sustainable Development) oder der »Agenda 21« schon vorweggenommen. Institutionell hat dies im etablierten politischen Spektrum zur Gründung der Partei »Die Grünen« geführt, während wir auf der Ebene sozialer Bewegungen heute entsprechend globalisierte Bewegungskontexte vorfinden,

wie sie gegenwärtig am klarsten von Attac repräsentiert werden. Zusammengefasst waren und sind die neuen sozialen Bewegungen wesentliche Träger zivilgesellschaftlichen Engagements.

Die neuen sozialen Bewegungen haben in ihrer Entwicklung über die angedeuteten politischen Organisationsformen hinaus oft inhaltlich aufeinander bezogene eigene Institutionen herausgebildet. Dies gilt im Wissenschaftsbereich (Friedensforschung, Öko-Institute

usw.), dies gilt aber auch – und das ist im Kontext dieses Heftes relevanter – für den Bildungsbereich.

Soziale Bewegungen sind zugleich für die Beteiligten immer auch sehr intensive Lernbewegungen: inhaltlich, politisch und sozial (vgl. Beer 1983 und 2005):

- Die Mitwirkung in zivilgesellschaftlichen Initiativen erfordert häufig detailliertes inhaltliches Fachwissen und eine fachspezifische Argumentationsfähigkeit bezogen auf den Gegenstand und die politischen Implikationen der Arbeit. Die Aneignung der notwendigen Kenntnisse und Fähigkeiten führt zu einer hohen Sachkompetenz, die häufig ursprüngliche Laien zu Expert/innen werden lässt.
- Die Notwendigkeit, zivilgesellschaftliche Anliegen von außen in die politischen Willensbildungsmechanismen einzubringen, führt zur Aneignung eines umfassenden Aktionswissens z.B. über politische Aktions- und Verhandlungsformen oder den Umgang mit oder den Gebrauch von Medien.
- Die in einer zivilgesellschaftlichen Aktionsgruppe Mitarbeitenden stoßen in ihrer inhaltlichen und politischen Arbeit immer wieder an Grenzen von Problemlösungen, an neue und komplexere Problemebenen, aber auch an politische Widerstände, die in anderen Interessen oder Prioritätensetzungen begründet sind. Auf diese Weise erwerben sie im Lauf ihrer Arbeit eine immer umfassendere Transparenz der politischen, ökonomischen und juristischen Funktionsmechanismen unserer Gesellschaft und erkennen immer neue, weiterführende Problemzusammenhänge. Die konkreten und reflektierten Aktionserfahrungen können einen hohen politischen Bildungsgrad mit beträchtlichen Folgen für die Wertorientierungen und das politische Verhalten der Beteiligten erreichen.
- Die Mitarbeit in einer zivilgesellschaftlichen Initiative erfordert praktische Solidarität, die damit



als Form des Sozialverhaltens – oft durchaus im Gegensatz zu anderen Erfahrungsebenen – eingeübt wird. Gleichzeitig wird Solidarität als eine Grundvoraussetzung für erfolgreiches politisches Handeln und damit für eigene Wirkungsmächtigkeit erfahren.

Wie stark die sozialen Bewegungen Ökologie-, Friedens- und Dritte-Welt-Bewegung in Selbstverständnis und Praxis immer auch Lernbewegungen waren und sind, wird daran deutlich, dass sich aus ihnen heraus eine Vielzahl von eigenen Bildungseinrichtungen entwickelt hat, die, sich als integraler Bestandteil der Bewegung verstehend, eine intensive Bildungsarbeit zum Teil bis heute praktizieren: inhaltlich, politisch-parteilich, in relevanten Teilen konkret aktionsbezogen, mit öffentlicher Anerkennung und nicht selten auch Förderung (vgl. Beer 1983).

1975 entstand auf dem von den badisch-elsässischen Bürgerinitiativen besetzten Bauplatz für das Atomkraftwerk Wyhl die VHS Wyhler Wald. Veranstaltungsort war, solange die Besetzung anhielt, das auf dem Platz stehende Freundschaftshaus, danach noch über elf Jahre lang waren es Gasthöfe in unterschiedlichen Orten der Region rund um den Kaiserstuhl. In der Hochzeit fanden bis zu vier Veranstaltungen pro Woche statt, später wöchentlich eine.

Das inhaltliche Angebot umfasste vier Bereiche:

1. Die unterschiedlichsten Facetten der Atomenergiediskussion: So war die allererste Veranstaltung der Frage gewidmet, wie ein Atomkraftwerk funktioniert. Weitere Themenfelder waren u.a. die Risiken des nuklearen Brennstoffzyklus, die Wirkungen von Radioaktivität auf die menschliche Gesundheit, Fragen nach alternativen Energien oder nach der moralischen Verantwortung von Naturwissenschaftler/innen.
2. Über die Atomenergie hinausgehende ökologische Perspektiven,

Probleme und Bedrohungen, z.B. Fragen nach den Grenzen des Wachstums allgemein, oder die Ambivalenz einer Schwarzwaldautobahn, Perspektiven der ökologischen Landwirtschaft und des neuzeitlichen Weinbaus oder die Landschaft zerstörende Wirkung des Rhein-Main-Donau-Kanals.

3. Praktische und theoretische Aspekte, Erfahrungen und Strategien der ökologisch-politischen Widerstandsarbeit und Solidarität. Hier reichte das Spektrum der Themen von der Frage nach dem Selbstverständnis der Bürgerinitiativen über den historischen Rückblick auf die Bauernkriege im 16. oder die Hotzenwälder Freiheitsbewegung im 18. Jahrhundert und aktuelle Widerstandsaktionen z.B. in Frankreich, der Schweiz und den USA bis zu Konzepten des gewaltfreien Widerstandes bei Mahatma Gandhi und ihrer konkreten Umsetzung in der eigenen Widerstandsarbeit.
4. Kulturelle Veranstaltungen mit unterhaltendem und oft regionalem Charakter: Sie umfassten gleichermaßen Reiseberichte, die unterschiedlichsten musikalischen Darbietungen, regionale Kultur, Geschichte und Mundart bis zu gemeinsamen Festen. Der seinerzeit auch in der VHS Wyhler Wald engagierte Liedermacher Walter Moßmann fasst zusammen: »Einmal Feierabend, Unterhaltung; bringt jeder, was er vorher schon hatte. Die Bauern ihre Heimatschnulzen, die jungen Linken ihre Politschnulzen, die Gebildeten ihr Streichquartett am Pfingstsonntag. Und dann gibt es Situationen, in denen zu verschiedenen Zwecken die Inhalte unseres Kampfes ausgedrückt werden müssen. Und dann kommen sich die verschiedenen Gruppen näher« (zit. nach Beer 1983, S. 150).

Das Zitat von Moßmann verweist auf die ziemlich einmalige Besucherstruktur der Veranstaltungen, die eben durch die Verschiedenheit der am Widerstand gegen das Atomkraftwerk beteiligten Menschen geprägt war, die

sich auch in den Veranstaltungen trafen und nicht nach Themen und Anlässen selektiert teilnahmen. Gleiches gilt auch für die Liste der Referent/innen. Sie setzte sich zu etwa gleichen Teilen aus wissenschaftlichen, fachlichen oder politischen Spezialisten und Aktiven der Bürgerinitiativen, Winzern, Landwirten, Fischern, Hausfrauen, Förstern, Lehrern u.a. zusammen. Die VHS Wyhler Wald wurde ausschließlich ehrenamtlich organisiert, Honorare wurden nie gezahlt, die anfallenden Kosten für die Organisation über Spenden finanziert.

»Die Volkshochschule Wyhler Wald ist die Verbindung zwischen Menschen, die nicht mehr bereit sind, den Massenkonsum unserer Wegwerfgesellschaft weiter mitzumachen. ... Ich sehe sie als ein alternatives Instrument, das nicht nur gegen das Atomkraftwerk Wyhl sein kann, wenn es am Anfang unseres Kampfes auch den Anschein hatte. Die Vielfalt des Programms zeigt uns dies. Sie zeigt aber auch, dass die Volkshochschule Wyhler Wald nicht nur gegen etwas informiert, sondern für etwas: für das Leben.« So Lore Haag, Sprecherin der badisch-elsässischen Bürgerinitiativen in einer Festrede zum vierjährigen Bestehen der »Volkshochschul für's Volksgewühl« (zit. ebd., S. 144).

Lernprojekte in sozialen Bewegungen

Die Volkshochschule Wyhler Wald war Sinnbild für die unauflösbare Verknüpfung zwischen ökologisch-politischem Lernen und einem zivilgesellschaftlichen Widerstand sozialer Bewegungen gegen Umweltzerstörung und Friedensbedrohung. Sie war auch ein Vorbild für eine Reihe von Projekten, die Ende der 1970er bis Mitte der 1980er Jahre gegründet wurden und dort, wo sie den Schritt von der Initiative zur selbstorganisierten Einrichtung erfolgreich gegangen sind, heute noch erfolgreich arbeiten. Beispiele sind: die Station Umwelterziehung in Iffens, das Energie- und Umweltzentrum am

Deister, die Bildungs- und Begegnungsstätte für gewaltfreie Aktion (Kurve Wustrow), das Antikriegshaus und die Antikriegswerkstatt Sievershausen, der Verein für Friedenspädagogik Tübingen, die Reisende Schule – 3. Welt in Warburg.

Die Orientierungen, Konzeptionen und Organisationsstrukturen dieser auf Selbstorganisation, inhaltliche Parteilichkeit und konkrete politische Handlungsbezüge gegründeten Einrichtungen fanden ihre Entsprechung auch in den Erwartungen der Teilnehmenden, die aus dem durchaus weiteren Umfeld der sozialen Bewegungen kamen. Daraus ergaben sich spezifische Erwartungshaltungen der Teilnehmenden, die die Ziele der Bildungsangebote bestimmten:

- das Bedürfnis nach grundlegenden Informationen, um sich an der fachlich-politischen Diskussion beteiligen zu können (Grundwissen),
- das Bedürfnis nach Entscheidungshilfen zur Entwicklung einer eigenen Position (Positionsfindung),
- die Bestätigung eigener Meinungen und deren vertiefende argumentative Absicherung (Verstärkung und Vertiefung),
- konkrete Hinweise zur alltäglichen Lebensführung, z.B. bezogen auf gewaltfreien Konfliktaustrag oder fairen Einkauf (praktische Handlungsanweisungen),
- Informationen über Strategien und Verfahren, die eigenen Positionen in den Prozess der politischen Meinungsbildung einzubringen (Aktionswissen),
- Reflexion eigener Handlungen und Strategien (Reflexion und Planung eigener politischer Praxis),
- unmittelbare Praxisberatung bezogen auf konkretes politisches Engagement,
- Vermittlung in Konfliktsituationen sowohl innerhalb der sozialen Bewegungen als auch mit staatlichen Instanzen oder privaten Interessengruppen.

Selbstorganisierte Lernprojekte, die im Kontext der neuen sozialen Bewe-

gungen entstanden sind, fühlten sich keinem Bildungsideal, sondern der politischen Widerstandsbewegung verpflichtet. Trotz des klaren Anwendungszusammenhanges wurde Lernen als ein ganzheitlicher Vorgang empfunden, der die Trennung zwischen Hand- und Kopfarbeit, zwischen Bildung und Aktion, zwischen Gefühlen und Verstand zu überwinden suchte. Soweit bildungskonzeptionelle Überlegungen eine Rolle spielten, waren sie orientiert an den Arbeiten von Paulo Freire und Ivan Illich. Dies führte auch zu einer oft rigorosen Abwehr der Pädagogenrolle im traditionellen Sinne. Die Beziehungen zwischen Lernenden und Lehrenden sind dialogisch angelegt, die Rollen werden austauschbar. Die Lernprojekte der sozialen Bewegungen stellten – unabhängig von der bildungstheoretischen Diskussion um die Entwicklung der Erwachsenen- und Weiterbildung – aufgrund ihrer Existenz, ihrer ausgesprochen effektiven Praxis bei minimalen Mitteleinsatz die etablierte Bildungsarbeit radikal in Frage.

Das skizzierte Selbstverständnis von Bildungsarbeit im Kontext sozialer Bewegungen gilt heute auch z.B. für Attac, das sich explizit als Aktionsbündnis und Lernbewegung gegen die Globalisierungsfolgen bezeichnet. Zwar sind hier keine eigenen Bildungseinrichtungen entstanden, aber das Aktionsbündnis selbst bietet unterschiedliche Seminar- und Tagungsveranstaltungen, z.B. die jährliche Sommerschule, an mit dem Ziel, die Theorie der Globalisierungsprozesse und -folgen zu vermitteln und weiterzuentwickeln sowie die eigene Aktionspraxis zu reflektieren und partiell zu planen (vgl. Beer 2005, S. 200). Die aus den sozialen Bewegungen hervorgegangenen Bildungsprojekte wirkten weit über den ursprünglichen Bewegungskontext hinaus. Die Inhalte, Dialogformen und Methoden fanden Eingang in die Angebote der etablierten Träger der Erwachsenenbildung – in Volkshochschulen, Akademien und Heimvolkshochschulen.

Die 1957 vom Manifest der Göttinger 18 angestoßene Entwicklung der neuen sozialen Bewegungen hat auf diesem Weg auch die Geschichte und Gestalt der Erwachsenenbildung in der Bundesrepublik auf doppelte Weise mitgeprägt. Zum einen ist ein bis heute existenter und wirksamer eigener Bereich von selbstorganisierten, an den sozialen Bewegungen orientierten Einrichtungen entstanden. Zum anderen haben diese Projekte die Arbeit der traditionellen Träger der Erwachsenenbildung oft nachhaltig in ihrer Arbeit beeinflusst.

Literatur

- Beer, W. (1983): Frieden, Ökologie, Gerechtigkeit. Selbstorganisierte Lernprojekte in der Friedens- und Ökologiebewegung. Opladen
- Beer, W. (2005): Soziale Bewegung und politische Bildung. In: Praxis Politische Bildung, H. 3, S. 199 ff.

Abstract

Im Jahr 1957 haben 18 deutsche Kernphysiker eine Erklärung unterzeichnet, mit der sie ihre Beteiligung an Herstellung, Erprobung und Einsatz von Atomwaffen verweigern. Diese »Göttinger Erklärung« ist die Initialzündung für die Anti-Atomkraft-Bewegung geworden, aus der eine selbstorganisierte Bildungs-Szene erwachsen ist. Dafür steht die Volkshochschule Wyler Wald in Baden, die der Beitrag exemplarisch als Institutionalisierungsform einer Sozialen Bewegung vorstellt. Inhalte, Dialogformen und Methoden von Initiativen wie Ostermarschbewegung, Anti-AKW- oder Dritte-Welt-Initiativen fanden auch Eingang in die Angebote der etablierten Träger der Erwachsenenbildung.



Dr. Wolfgang Beer ist Geschäftsführer für politische Bildung beim Evangelische Akademien in Deutschland e.V., Berlin.

Kontakt: Dr.Wolfgang.Beer@t-online.de